V-01-NEU-165

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Sandra Detzer (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 164 bis 167:
die Verankerung des Zugangs zu unabhängiger Rechtsberatung. Zudem soll künftig ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus greifen, ~~der Fortschritte bei der Verteilung von~~durch den jährlich mindestens 30.000 Geflüchtete umverteilt werden sollen. Wer keine Geflüchteten ~~bringt~~aufnimmt, muss verpflichtend in einen Solidaritätspool einzahlen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland seinen Anteil an Aufnahmen verbindlich übernimmt und die ihm dann zustehenden Finanzmittel aus dem Solidaritätspool direkt an die Kommunen weitergibt. Gleichzeitig konnten zentrale Punkte nicht erreicht werden. Denn obwohl die Verschärfung von Grenzverfahren, die wir kritisch sehen, geeint

Begründung

Mündlich

weitere Antragsteller*innen

Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Lührmann (KV Main-Taunus)